

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Wirtschaftsausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 24.02.2026, 15:00 Uhr
Raum, Ort:	Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig
Beginn:	15:00 Uhr
Ende:	16:48 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Oliver Schatta - CDU

Herr Christoph Bratmann - SPD

Mitglieder

Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD

Frau Annette Johannes - SPD

Herr Michel Winckler - SPD

Herr Helge Böttcher - B90/GRÜNE

Frau Bianca Braunschweig - B90/GRÜNE

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Frau Anke Kaphammel - CDU

Frau Antoinette von Gronefeld - CDU

Frau Gisela Ohnesorge - Die FRAKTION. BS

Herr Robert Glogowski - BIBS/Robert Glogowski

Frau Aniko Glogowski-Merten - FDP

Vertretung für: Carsten Lehmann

Herr Stefan Wirtz - AfD

Herr Olaf Majewsky - Bürgermitglied

Herr Malte Stahlhut - Bürgermitglied

Herr Jonathan Möller - Vertreter des Jugendparlaments

Gäste

Herr Ralf Ebert – STADTArt GmbH

Verwaltung

Herr Gerold Leppa - Dezernent III
Herr Jörg Meyer - Braunschweig Zukunft GmbH
Herr Mathis Vetter - Braunschweig Zukunft GmbH
Herr Oliver Bake - Verwaltung
Frau Jennifer Bork - Verwaltung
Herr Maik Trescher - Verwaltung

Abwesend Mitglieder

Herr Carsten Lehmann - FDP	entschuldigt
Frau Antje-Mareike Dietrich - Bürgermitglied	entschuldigt
Frau Britta Kokemper-Söllner - Bürgermitglied	entschuldigt
Herr Dr. Nicolas Petrek - Bürgermitglied	entschuldigt
Herr Dr. Fabian Preller - Bürgermitglied	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.01.2026
3. Mitteilungen
 - 3.1. Ergebnisse der Studie „Kultur- und Kreativwirtschaft zur Stärkung des Innovationsökosystems in Braunschweig“ 26-28429
 - 3.2. Mündliche Mitteilungen
4. Anträge
 - 4.1. Wohnmobiltourismus zum Tag der Niedersachsen stärken 26-28361
 - 4.1.1. Wohnmobiltourismus zum Tag der Niedersachsen stärken 26-28361-01
5. Anfragen
 - 5.1. Wächst der Leerstand in den Schloss-Arkaden? 26-28393
 - 5.1.1. Wächst der Leerstand in den Schloss-Arkaden? 26-28393-01
 - 5.2. Mündliche Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Schatta eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.01.2026

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss:

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11 Nein: 0 Enthaltungen: 0

3. Mitteilungen

3.1. Ergebnisse der Studie „Kultur- und Kreativwirtschaft zur Stärkung des Innovationsökosystems in Braunschweig“ 26-28429

Stadtbaurat und Wirtschaftsdezernent Leppa stellt die Mitteilung vor. Herr Ebert von der STADTArt GmbH, der mit der Erstellung der Studie beauftragt wurde, präsentiert deren Ergebnisse mittels Präsentation. Diese wird im Nachgang den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt. Herr Ebert skizziert die Grundraster und Bausteine der Untersuchung, informiert zum Anteil der Kultur- und Kreativwirtschaft (KKW) an der lokalen Wirtschaft, den Teilmärkten der KKW sowie der Entwicklung vor und nach Corona. Zudem evaluiert er die Ergebnisse der Förderung des Vereins KreativRegion e. V., fasst die Kernergebnisse und Handlungsempfehlungen der Studie zusammen und beantwortet die Rückfragen mehrerer Ausschussmitglieder. Stadtbaurat und Wirtschaftsdezernent Leppa dankt für die Ausführungen und kündigt die Bekanntgabe der Studie als Mitteilung außerhalb von Sitzungen an. Die aus der Studie gezogenen Schlüsse und Empfehlungen werden mit den lokalen Akteuren reflektiert, der Wirtschaftsausschuss wird über die Umsetzung unterrichtet.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.2. Mündliche Mitteilungen

Stadtbaurat und Wirtschaftsdezernent Leppa berichtet zu aktuellen Themen die Braunschweiger Innenstadt betreffend:

Rückblick RIS-Netzwerktreffen 16.02.2026

Projekte, die sich Sicherheitsaspekten in den Innenstädten widmen, wurden im Rahmen des Programms Resiliente Innenstädte als förderfähig anerkannt. Die Mindestfördersumme bei

Projekten wurde auf 100.000 Euro abgesenkt, sodass auch Projekte kleineren Umfangs förderfähig sind. Aktuell wird vom Land Niedersachsen eine Ausweitung des Förderbudgets geprüft, sodass eine höhere Inanspruchnahme von Fördermitteln denkbar sein könnte. Entsprechende Mehrbedarfe sind bis Ende März anzumelden. Der aktuelle Umsetzungsstand des Programms liegt insgesamt bei rund 50 Prozent, wobei Braunschweig zu den Kommunen mit dem höchsten Umsetzungsstand gehört.

Förderfonds Innenstadt

Die nächsten Termine der Ideenwerkstatt finden am 21.04.2026, 04.06.2026 und 22.09.2026 jeweils um 18 Uhr im 381 eventspace statt.

Veranstaltungen mit verkaufsoffenen Sonntagen

Die Termine der vier Veranstaltungen mit verkaufsoffenen Sonntagen für das Jahr 2026 wurden durch öffentliche Bekanntmachung am 13.02.2026 veröffentlicht, es gilt eine Widerspruchsfrist von einem Monat nach Veröffentlichung. Die Braunschweig Stadtmarketing GmbH wird Termine im Anschluss veröffentlichen:

- 26. April 2026 - Stadtfrühling
- 14. Juni 2026 - Tag der Niedersachsen
- 27. September 2026 - trendsporterlebnis
- 8. November 2026 - mummegenussmeile

Ergebnis:

Die mündlichen Mitteilungen werden zur Kenntnis genommen.

4. Anträge

4.1. Wohnmobiltourismus zum Tag der Niedersachsen stärken

26-28361

Ausschussvorsitzender Schatta begründet den Antrag und bittet um Zustimmung. Es entsteht eine intensive Aussprache zum Antrag, dessen grundlegende Idee allerdings zustimmende Resonanz erfährt. Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Bratmann betrachtet es als sinnvoll, ein dahingehendes Angebot zu unterbreiten, schlägt aber vor, den Antrag in die Form eines Prüfauftrages an die Verwaltung umzuwandeln. Ratsfrau Ohnesorge bewertet den Antrag aufgrund der Entwicklung des Wohnmobiltourismus seit der Corona-Pandemie und der Schaffung temporärer Plätze für junge Menschen ebenfalls positiv. Ratsherr Böttcher dankt für das Aufgreifen des Themas und schließt sich dem Vorschlag der Umwandlung in einen Prüfauftrag an. Ratsherr Wirtz weist auf den knappen zeitlichen Rahmen hin. Ratsherr Glogowski adressiert das Thema Sicherheit, gibt auch mögliche Umsatzeinbußen anderer gastgebender Gewerbe zu bedenken und regt eine Beteiligung des ATB an. Nach weiterer Aussprache regt Bürgermeisterin Kaphammel an, dem Vorschlag einer Umwandlung in einen Prüfauftrag zu folgen. Ausschussvorsitzender Schatta bittet hierzu um Abstimmung.

Beschluss (geändert):

Die Verwaltung wird gebeten, *zu prüfen*, für den Tag der Niedersachsen zusätzliche Wohnmobil-Stellplätze im Stadtgebiet temporär auszuweisen und diese aktiv zu bewerben. Hierzu sollen insbesondere geeignete städtische Flächen genutzt werden, unter anderem der bestehende Wohnmobilstellplatz am Schwimmbad an der Hamburger Straße mit einer Erweiterung auf angrenzende Flächen des Schützenplatzes, das Messegelände an der Eisenbütteler Straße, sowie Flächen im Bereich des Raffteichs und des dortigen

Schwimmbads.

Die Verwaltung bewirbt die ausgewiesenen Stellplätze rechtzeitig vor der Veranstaltung über geeignete touristische Kanäle (städtische Internetseite, Tourismusmarketing, einschlägige Wohnmobil- und Campingportale), um Besuchern aus dem gesamten Bundesgebiet und dem europäischen Ausland eine verlässliche Anreiseplanung zu ermöglichen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung *um Prüfung der Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes* zur Förderung des Radtourismus *gebeten*. Dies *soll* insbesondere die Ausweisung temporärer Trekking- und Zeltplätze für Radreisende, die Prüfung eines zeitlich befristeten zentralen Zeltplatzes für Besucher des Tags der Niedersachsen *umfassen*. Dieser Zeltplatz wird auch für Gäste, die mit dem Pkw anreisen, geöffnet.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11 Nein: 0 Enthaltungen: 0

4.1.1. Wohnmobiltourismus zum Tag der Niedersachsen stärken 26-28361-01

Ergebnis:

Die Stellungnahme 26-28361-01 wird zur Kenntnis genommen

5. Anfragen

5.1. Wächst der Leerstand in den Schloss-Arkaden? 26-28393

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stellungnahme 26-28393-01.

5.1.1. Wächst der Leerstand in den Schloss-Arkaden? 26-28393-01

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Bratmann bringt die Anfrage ein und bittet um Einschätzung der Verwaltung zur Entwicklung der Schloss-Arkaden. Stadtbaurat und Wirtschaftsdezernent Leppa weist darauf hin, dass es sich nicht um Leerstände in einer allgemeinen Innenstadtlage, sondern auf dem Privatgrundstück eines Eigentümers handelt. Das Management der Schloss-Arkaden hat hierzu eine offene Einschätzung abgegeben. Maßgebliche Gründe für die Leerstände sind, dass infolge der Corona-Pandemie und auch des geänderten Einkaufsverhaltens viele Filialkonzepte gekippt und durch Insolvenzen Leerstände entstanden sind, die sich nicht zeitnah wieder belegen lassen. Das Kernproblem, dass es mehr Flächen als Nachfrage gibt und viele Mietinteressenten den geforderten Mietzins nicht aufbringen können, wird auch hier deutlich. Es gibt quantitativ nicht so viele Einzelhandelskonzepte wie es Flächen gibt, zum anderen muss sich auch das Mietniveau erst den Potentialen annähern, die der Markt mit seinen neuen Filialkonzepten auch bedienen kann.

Ratsherr Winckler bittet für die nächste Sitzung um Darstellung genauer Zahlen zu den Mietentwicklungen. Stadtbaurat und Wirtschaftsdezernent Leppa sagt eine Prüfung zu, ob entsprechende Daten zur Verfügung stehen.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 26-28393-01 wird zur Kenntnis genommen.

5.2. Mündliche Anfragen

5.2.1. Hinweisschilder an der Autobahn und Anzeige von Haltepunkten im ICE

Ratsfrau Ohnesorge berichtet, sie habe beobachtet, dass es entlang der Autobahn keine Hinweisschilder in Form von touristischen Unterrichtungstafeln gibt, die Braunschweig als Stadt ankündigen. Auch ist ihr aufgefallen, dass bei Durchsagen/Anzeigen der Zughaltepunkte im ICE Braunschweig in der Aufzählung kommender Haltepunkte nicht genannt wird (z. B. wird im ICE nach Berlin durchgesagt „über Kassel, Hildesheim, Wolfsburg“, obwohl als nächster Halt nach Hildesheim Braunschweig kommt und Braunschweig größer als die wörtlich erwähnten Nachbarstädte ist). Sie bittet um Auskunft, welche Gründe für diese Art der Beschilderung/Anzeige bestehen und wie man dies ggf. ändern könnte.

Stadtbaurat und Wirtschaftsdezernent Leppa führt aus, dass der Verwaltung keine Kenntnisse über die dahingehende Gestaltung von Durchsagen etc. vorliegen. Ausschussvorsitzender Schatta erwägt eine Thematisierung in der Parlamentariergruppe Bahn Niedersachsen.

5.2.2. Baustellenfonds

Ratsherr Dr. Plinke bringt zwei Fragen zum Thema Baustellenfonds ein, die er der Verwaltung im Vorfeld übermittelt hat:

Anfrage im Wortlaut:

Bereits zum WA im Juni 2025 hatten wir angefragt, ob Gewerbetreibenden Umsatzverluste aus Mitteln des Baustellenfonds zumindest teilweise kompensiert werden könnten (DS 25-25835 und 25-25835-01). Zitat aus der Antwort: "... dass die Kommune - insbesondere in Anbetracht der aktuell herausfordernden wirtschaftlichen Situation - derzeit hier keine freiwilligen Leistungen zur Kompensation anbieten kann. Eine ausnahmsweise Einzelfallprüfung im Falle außerordentlicher, unzumutbarer Härten ist natürlich nicht ausgeschlossen." Inzwischen ist seit einigen Monaten die Großbaustelle Hagenmarkt in Betrieb, demnächst wird auch in Watenbüttel gebaut, wobei jeweils umfangreiche Umleitungen von Anliegerverkehren erforderlich sind. In beiden Fällen gab es wieder massive Beschwerden anliegender Gewerbetreibender.

Mit Bezug auf Antwort und Anfrage fragen wir hiermit erneut an:

1. Wie ist die Formulierung "ausnahmsweise Einzelfallprüfung im Falle außerordentlicher, unzumutbarer Härten" zu verstehen - würde die Verwaltung entsprechende Anträge annehmen und prüfen?
2. Plant die Verwaltung für den städtischen Haushalt 2027/28, den Baustellenfonds wieder mit Mitteln auszustatten?

Antwort der Verwaltung:

Zu Frage 1.:

Baumaßnahmen im direkten Umfeld des eigenen Betriebs zählen grundsätzlich zu den zumutbaren, unternehmerischen Risiken. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass Baumaßnahmen oft eine Investition in die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit des betroffenen Areals sind. Durch eine höhere Aufenthaltsqualität und eine verbesserte Infrastruktur profitieren auch die anliegenden Gewerbebetriebe nach Abschluss der Baumaßnahme.

Der Baustellenfonds sollte bei seiner Einrichtung als Maßnahme der Abfederung besonderer, existenzbedrohender Härten durch städtische Baustellen dienen, die sich über eine außergewöhnlich lange Dauer (mindestens 12 Monate) im unmittelbaren Bereich eines auf Besucherfrequenzen angewiesenen Betriebes befinden. Benachteiligungen wie z. B. Umsatzeinbußen führen alleine noch nicht zu einem Anspruch auf Förderung aus öffentlichen Mitteln.

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass keine städtische Baumaßnahme zu Einschränkungen in einem Ausmaß, das eine Anspruchsberechtigung aus dem Baustellenfonds erzeugen würde, geführt hat. Die Verwaltung hält sich offen, auf besonders schwerwiegende Einzelfälle, die die Voraussetzungen erfüllen, im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten reagieren zu können. Grundsätzlich ist eine Antragstellung – unabhängig von der Art der Entscheidung über den Antrag – jederzeit möglich. Allerdings steht für den Baustellenfonds laut Beschluss des Haushalts 2025/2026 kein Budget zur Verfügung. Eine Förderung würde eine Deckung aus anderen Ansätzen des Teilhaushaltes erfordern, die dann dort nicht mehr zur Verfügung ständen, und käme aus Sicht der Verwaltung daher nur in absoluten Ausnahmefällen in Betracht.

Zu Frage 2.:

Die Entscheidung, ob eine Ausstattung des Baustellenfonds mit Haushaltsmitteln 2027/2028 erfolgt, wird im Rahmen des Prozesses der Haushaltsaufstellung getroffen. Grundlage hierfür wird die Einschätzung der mit der Planung und Begleitung städtischer Baumaßnahmen befassten Fachbereiche sein sowie die finanziellen Spielräume des städtischen Haushalts und der entsprechenden Prioritätenfestsetzung bei der Leistung freiwilliger Aufgaben.

Stadtbaurat und Wirtschaftsdezernent Leppa verweist abschließend auf den Umstand, dass aufgrund der Möglichkeiten, auf Härtefälle (z. B. durch Verzögerungen bei Bauzeiten) reagieren zu können, die Förderrichtlinie Baustellenfonds nicht gänzlich abgeschafft wurde.

Die mündlichen Anfragen und die Beantwortung durch die Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

gez. Leppa

gez. Bake (Schriftführung)

Die Freigabe durch Herrn Ausschussvorsitzenden Schatta ist erfolgt.